Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf. Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23. Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 88. Berlin, Sonnabend, 1. November 1913. Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Koalitionszwang. — Gelb über Gelb! — Wie Adam Smith über die Arbeit dachte. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen.

Koalitionszwang.

Wohl noch niemals sind die Rufe nach Einschränkung des Koalitionsrechts so laut und so häufig erschallt wie in den letzten Monaten. Mit anerkennenswertem Eifer sind die Scharfmacher am Werke, den Arbeitern die wenigen Möglichkeiten, ihre Rechte zu vertreten und auf eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse hinzuarbeiten, noch zu verringern. Den Hauptschlag glauben sie jetzt durch das sogenannte Kartell der schaffenden Stände führen zu können. Da ist es Aufgabe aller wirklichen Arbeiterfreunde, auf dem Posten zu sein, um zu verhüten, daß das Koalitionsrecht, das so dringend eines weiteren Ausbaus bedarf, nicht noch mehr eingeengt wird. Andererseits aber haben die Arbeiter alle Veranlassung dahin zu wirken, daß den Scharfmachern nicht noch Wasser auf die Mühle geleitet wird.

Bis vor einigen Jahren war es in den wirtschaftlichen Kämpfen Nordamerikas Brauch, daß die großen Arbeiterverbände in die Tarifverträge eine Bestimmung hineinbrachten, die Unternehmer dürfen nur solche Arbeiter beschäftigen, die den betreffenden Organisationen angehören. Dieses System der „geschlossenen Werkstatt" versperrte anders- oder nichtorganisierten Arbeitern häufig den Eingang zu zahlreichen Betrieben. Es führte zu geradezu unerträglichen Zuständen, sodaß schließlich ein Gericht ein Urteil dahin fällte, daß es ordnungswidrig sei, wenn Unternehmer, die unter sich ein Gewerbe tatsächlich beherrschen, die Arbeiter zwingen wollten, gewissen Vereinen beizutreten, falls sie überhaupt beschäftigt werden wollten. Ebenso ordnungswidrig sei es aber auch, wenn Arbeiter sich zu demselben Zwecke verbänden. Wer darauf dränge, daß seine Arbeitsstätte für Nichtverbändler gesperrt werde, begehe eine strafbare Verschwörung gegen die Freiheit des Gesetzes.

Seit dieser Zeit hat man in Nordamerika mit dem System der geschlossenen Werkstatt gebrochen. In England haben in den letzten Jahren mehrfach die Bergarbeiter versucht, dieses System zur Geltung zu bringen, jedoch mit negativem Erfolge. Umso eifriger sind bei uns neuerdings die „freien" Gewerkschaften bemüht, sich nach jenem Muster ein Arbeitsmonopol zu sichern, natürlich zu dem Zwecke, dadurch die anders- oder nichtorganisierten Arbeiter in ihre Verbände hineinzupressen. Selbst der Tarifvertrag ist dazu mißbraucht worden. Vor einigen Jahren mußte das Gewerbegericht zu Luckenwalde eine Entscheidung fällen, das ein Tarifvertrag, der die Bestimmung enthielt, daß die Meister nur Mitglieder des sozialdemokratischen Bäckerverbandes als Gesellen anstellen sollten, rechtsungültig sei. Wir könnten für unsere Behauptung noch mancherlei andere Beweise anführen, verzichten aber für heute darauf. Jedenfalls liegt in solchem Verhalten ein Koalitionszwang, der unter allen Umständen bekämpft werden muß. So energisch die Deutschen Gewerkvereine seit ihrer Gründung für wahre Koalitionsfreiheit eingetreten sind, so entschieden müssen sie sich gegen jeden Koalitionszwang wenden. Leute, die in eine Organisation hineingezwungen werden, können nun und nimmer starke und opferwillige Kämpfer sein. Sie werden zu Heuchlern und lassen im Augenblicke der Gefahr die Fahne im Stich, der sie nur gezwungen folgen. Vor allen Dingen aber sind wir Gegner des Koalitionszwanges, weil wir die Unterdrückung der freien Meinung verurteilen, die der Koalitionszwang im Gefolge hat. Aufrechte Männer können sich das nicht gefallen lassen und werden sich mit allen Mitteln dagegen wehren. Was aber das Schlimmste ist, und die Erfahrungen der letzten Jahre bestärken uns in dieser Auffassung, der Koalitionszwang gibt den Gegnern der Arbeiterschaft fortwährend Material für ihre scharfmacherischen Bestrebungen. Wer die Verhandlungen bei der Begründung des Leipziger Kartells gelesen hat, der wird uns recht geben, wenn wir sagen, daß der hier und da leider geübte Terrorismus, der Koalitionszwang, immer und immer wieder als Beweis für die Notwendigkeit der Einschränkung des Koalitionsrechtes ins Feld geführt wurde.

Wer also die deutsche Arbeiterschaft vor einer Beschränkung ihrer Rechte bewahren will, der muß auch durch sein Verhalten mit dazu beitragen, daß den Scharfmachern nicht immer neues Material geliefert wird. Namentlich die „freien" Gewerkschaften haben ein starkes Schuldkonto, unter dem die gesamte deutsche Arbeiterschaft schwer zu leiden hat. Andererseits aber möchten wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß auf seiten der Unternehmer genau so gesündigt wird wie in der Arbeiterschaft. Dafür liefert ein von Dr. Fritz Kestner unter dem Titel „Der Organisationszwang, eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenseitern" (Verlag von Carl Heymann in Berlin) veröffentlichtes Buch, zahlreiche Beweise. Die „Frankf. Ztg." bringt daraus eine kurze Zusammenstellung der Mittel, die von den Kartellen gegen die Außenseiter angewandt werden.

Man sucht dem Außenseiter das Material zu sperren, um seinen Betrieb lahm zu legen, bis er sich dem Kartell anschließt; im Kalisyndikat dürfen die Bergwerke an außenstehende Fabriken keine Rohsalze zur Verarbeitung verkaufen, im Tapetenkartell dürfen die Fabrikanten nicht an außenstehende Händler liefern etc. Und wo ein Kartell diese Sperre nicht selbst ausüben kann, weil es nur eine einzige Produktionsstufe umfaßt, da verbindet es sich mit anderen Kartellen der vorangehenden Produktionsstufen; man vereinbart also einen ausschließlichen Verbandsverkehr: das Syndikat der unteren Stufe verpflichtet sich, den weiterverarbeitenden Außenseiterwerken nichts zu liefern, und das Kartell der oberen Stufe verspricht, von Außenseitern des vorangehenden Produktionsabschnitts nichts zu kaufen. Man geht auch noch einen Schritt weiter und verabredet den ausschließlichen Verbandsverkehr zwischen Fabrikantenkartellen und Händlervereinigungen, die nun dem Außenseiter nichts mehr liefern dürfen; man kann auch die Händlervereinigungen verpflichten, dem Außenseiter nur mit einem genau festgelegten Preisaufschlag zu liefern, womit der gleiche Effekt, den Außenseiter konkurrenzunfähig zu machen, erreicht wird. Alle diese Methoden sind in ungezählten Fällen dauernd in Anwendung. Seltener gelingt es dem Kartell, dem Außenseiter die Arbeitskräfte oder die Transportmittel zu sperren, obwohl auch dazu Ansätze vorliegen. Um so häufiger aber ist dann das Mittel, ihm den Absatz zu sperren, sodaß er nicht verkaufen kann, was regelmäßig in Verbindung mit der Materialsperre versucht wird: der ausschließliche Verbandsverkehr verpflichtet das Kartell der späteren Produktionsstufe gleichzeitig von dem Außenseiter der vorangehenden Produktionsstufe nichts zu kaufen; die beiden kontrahierenden Kartelle schützen sich gegenseitig. Außerdem aber zieht das Kartell in seinem Kampfe gegen den Outsider dann auch unbeteiligte Dritte, nämlich seine Abnehmer, in den Konflikt hinein: es unterbindet dem Außenseiter den Absatz, indem es seine eigenen Kunden verpflichtet, ausschließlich bei dem Kartell und niemals bei dem Außenseiter zu kaufen; diese Exklusiv-Klauseln werden durch Vereinbarung schwerer Kontraktbruchsstrafen gesichert, oder durch eine dem Kartell zugebilligte Befugnis zur Annullierung aller mit den Kunden geschlossenen Verträge bei Verletzung der Exklusivität, oder durch Rabatte und Prämien bei Einhaltung der Ausschließlichkeit, in den wichtigsten Fällen (wie beim Kohlensyndikat) natürlich durch die Furcht des Abnehmers, daß er bei Verletzung der Exklusivklausel überhaupt keine Ware erhalten würde. Zur Verschärfung der Absatzsperre dient dann noch die Schaffung abhängiger Händler-Organisationen durch das Kartell, womit der bestehende freie Handel zertrümmert und dem Außenseiter der Zugang zum Markte abgeschnitten wird. Und dazu kommen als weiteres Kampfmittel planmäßige Preisunterbietungen, ohne Rücksicht auf den eigenen Gewinn, nur um den Außenseiter aus dem Markte zu drängen, endlich, mit Hilfe befreundeter Banken und Aufsichtsräte, die Sperrung des Kredits für den Außenseiter und ein Ankaufen seines Betriebes oder seiner Aktienmajorität, mit der man ihn dann unter den Willen der Kartellmitglieder beugt.

Diese Liste erschöpft keineswegs die Methoden, die von Unternehmervereinigungen gegen Unorganisierte zur Anwendung gelangen. Kein Mensch wird leugnen wollen, daß es sich auch hier um Terrorismusakte schlimmster Art handelt. Wer sich derartiger Zwangsmaßnahmen schuldig macht, der hat das Recht verwirkt, als Ankläger gegen andere aufzutreten.

Die Deutschen Gewerkvereine verurteilten den Koalitionszwang, nicht nur, weil ihre Mitglieder schwer unter demselben zu leiden haben, sondern weil jeder Zwang ihren freiheitlichen Auffassungen widerstrebt. Wir bekämpfen ihn deshalb und werden uns nicht im geringsten scheuen, alle die Fälle, in denen ein Zwang gegen unsere Mitglieder ausgeübt wird, vor der Oeffentlichkeit an den Pranger zu stellen. Wir verkennen nicht die Gefahr, die darin liegt. Aber nicht wir sind dann daran schuld, wenn den Feinden des Koalitionsrechts Stoff geliefert wird, sondern diejenigen, die den Koalitionszwang ausüben und ihn gar noch verherrlichen, wie es kürzlich der sozialdemokratische Rechtsanwalt Heinemann in einer Broschüre getan hat. Bei ihm und seinen Gesinnungsgenossen müssen sich die deutschen Arbeiter bedanken, wenn die Scharfmacher schließlich mit ihren Plänen durchdringen.

Gelb über Gelb!

Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich in der „Wacht" Chr. Tischendörfer mit dem Verband Deutschnationaler Arbeitervereine des Pastor Richter. Eigentlich mißt man dieser Gründung eine viel zu hohe Bedeutung bei, wenn man immer wieder darauf eingeht. Im Grunde genommen handelt es sich um eine ganz belanglose Vereinsspielerei, die über kurz oder lang wieder von der Bildfläche verschwinden wird. Aber mit Rücksicht darauf, daß in letzter Zeit trotz unserer Charakterisierung jener Bewegung mehrfache Anfragen an uns gerichtet worden sind, wollen wir etwas näher auf die Tischendörferschen Ausführungen eingehen, da sie wesentlich mit dazu beitragen, den Verband Deutschnationaler Arbeitervereine in die richtige Beleuchtung zu rücken.

Mit Recht zählt Tischendörfer die Gründung zu den „Arbeitervereinen der Unternehmer". Der neue Verband wird mit Unternehmergeld ausgehalten und ist in seinem Aufbau eine Nachahmung der katholischen Arbeiterorganisation Berliner Richtung mit ihren Fachabteilungen, die im wirtschaftlichen Interesse der Arbeiter noch garnichts geleistet, aber durch Bekämpfung der wirklichen Organisationen der Arbeitersache außerordentlichen Schaden zugefügt haben.

„Die Satzungen wenden sich wörtlich nur gegen die Sozialdemokratie und deren Gewerkschaften, aber schon in den Flugblättern tritt diese Tendenz stark zurück, im Gegenteil, es wird dort ganz allgemein aufgefordert, dem Arbeiterverein und seiner Berufskasse beizutreten.

Daß es noch andere Gewerkschaften gibt, wird nicht gesagt. Auf die sozialdemokratischen schlägt man, aber alle selbständigen Arbeiterorganisationen meint man. Dem rückständigen Unternehmer ist jede derartige Organisation ein Greuel. Und auf solche Unternehmer stützt sich nach dem Urteil von genauen Kennern der Personalverhältnisse der neue Verband und verspricht mehrfache große Unterstützungen, aber unter Bedingungen, die sehr eigenartig und dehnbar sind, so daß es in vielen Fällen sehr zweifelhaft erscheint, ob es überhaupt Unterstützungen geben wird.

Die Lage ist nachher unter diesen Umständen sehr einfach. Unter dem Versprechen, ihre Berufsinteressen zu vertreten, hat man eine Anzahl Arbeiter zusammengebracht, die sich gern an die Rockschöße anderer hängen. Kommt ein Lohnkampf im Betriebe, dann ist dies natürlich eine sozialdemokratische Mache, an der sich „deutschnationale Arbeiter" nicht beteiligen dürfen. Diese haben zwar Beiträge gezahlt, aber was tut das? Die Unternehmer haben, was sie mit ihrem Geld erkaufen wollen: Streikbrecher!"

Aufnahmefähig in die Arbeitervereine sind alle Personen über 18 Jahre, also auch Kommerzienräte, Fabrikdirektoren und Prokuristen. Die Ehrenmitglieder haben in allen Versammlungen Stimmrecht, sodaß also den Geldgebern auch noch eine äußere Auszeichnung winkt. Und wenn diese Geldgeber in den Mitgliederversammlungen sind, kann nichts passieren.

„Vorsicht ist aber die Mutter der Weisheit im neuen Verband. Beschlüsse des Vorstandes haben nur Gültigkeit, wenn der Gegenstand vorher auf der Tagesordnung gestanden hat, jedenfalls, weil gewisse hohe Herren nicht allen Sitzungen beiwohnen wollen. Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von Dreiviertel der Erschienenen, zur Aenderung der Zwecke ist aber die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich und muß deshalb die der Nichterschienenen schriftlich erfolgen."

Es werden dann noch die Bestimmungen der neben der eigentlichen Vereinskasse bestehenden Berufskasse erörtert, die ebenfalls so gestaltet sind, daß die Mitglieder nichts zu sagen haben. Pastor Richter hält die Zügel fest in seiner Hand und hat es so einzurichten verstanden, daß seine Existenz fest gegründet ist.

Es würde zuweit führen, wollten wir hier auf alle diese Einzelheiten näher eingehen. Wir haben auch schon bei einer früheren Gelegenheit darauf hingewiesen, daß der Richtersche Verband jedes Zusammengehen mit den sogenannten freien Gewerkschaften rundweg ablehnt. Das charakterisiert am besten jene Arbeitervereinigung. Heutzutage muß doch nun einmal mit den freien Gewerkschaften gerechnet werden. Wie unter allen Umständen ohne sie die Richtersche Organisation Vorteile für die Arbeiter herausschlagen will, das ist uns ein Rätsel. Zur näheren Kennzeichnung des Pastor Richter dienen dann noch folgende Sätze:

„Noch vor wenigen Jahren hat Pastor Richter die evangelischen Arbeitervereine als die besten Organisationen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie bezeichnet. Er wollte aber, daß sie zur Herbeiführung größerer Erfolge den allgemeinen Namen „Deutsche Arbeitervereine" annehmen sollten. Das erschien den meisten Vereinen nicht richtig und kam es mit ihm deshalb und aus anderen Gründen zum Bruch.

Nun wurde aus dem Paulus ein Saulus. In einem Bettelbrief an seine Geldgeber sagt Pastor Richter, „daß die evangelischen Arbeitervereine oder wenigstens die Leitung derselben nicht reif für den Gedanken einer geschlossenen Macht war". Dann heißt es weiter: „Wir bitten also, für diese Sekretäre, die von nun an nur noch in einem sehr einseitigen Fahrwasser arbeiten können und deren Agitation durch die engen Vorschriften, die ihnen der Landesverband der evangelischen Arbeitervereine Sachsens gezogen hat, noch besonders beschränkt ist, irgend welche Mittel nicht herzugeben!"

Ist diese Sprache mehr als auffällig, besonders von einem Pastor, so ist sie erst recht bezeichnend für das Wesen seines neuen Verbandes, wenn er in dem Bettelbrief weiter sagt: „Er bietet seinen Mitgliedern durch ihre Zugehörigkeit ohne weiteres eine Sterbeunterstützung für sich und ihre Kinder, er hat eine außerordentlich günstige Kranken- und Arbeitslosenunterstützung und durch seine Berufskasse ersetzt er den Arbeitern das, was sie bisher in den Gewerkschaften suchen mußten, nur daß sie bei einer außerordentlich rationellen Geschäftsführung und bei Vermeidung aller Sonderausgaben für gewerkschaftliche Agitation, die in den Gewerkschaften große Summen verschlingen, um ca. 100 Prozent geringere Beiträge erheben, als die Gewerkschaften. Auch der Gefahr, durch Kapitalsanhäufungen irgendwelche Streiflust zu schüren, ist in glücklicher Weise dadurch Abbruch getan, daß Dividenden auf die eingezahlten Beiträge bezahlt werden."

Was bedürfen wir weitern Zeugnisses! kann man nun sagen und zum Schluß kommen. In den fertigen Satzungen ist allerdings von den Dividenden nichts zu finden. Aber vielleicht kommen sie in der Verbandssatzung, die immer noch beim Gericht liegen soll. Die Sekretäre Richters hauen natürlich in dieselbe Kerbe und bilden sich anscheinend dabei wirklich noch ein, daß sie gegen die — gelben Arbeitervereine wirken."

Mit Recht wirft Tischendörfer deshalb zum Schluß die Frage auf, ob die Vertreter der Deutschnationalen Arbeitervereine garnicht wissen, wie gelb sie sind. Die Werkvereine sind es offen, aber dieser Verband ist, weil er sich anders gebärdet, sehr viel bedenklicher als jene. Deshalb muß ihm von jeder ehrlichen selbständigen Organisation der Krieg erklärt werden.

Gewiß, darin stimmen wir Tischendörfer bei. Mit dieser Gesellschaft kann eine anständige Organisation nichts gemein haben; sie muß deshalb bekämpft werden, wo sie uns auch entgegentritt. Aber man überschätzt sicherlich die Bedeutung dieser Deutschnationalen Arbeitervereine, wenn man soviel Aufhebens davon macht. Die Mitglieder der Deutschen Gewerkvereine wissen jedenfalls nunmehr wohl genau, was sie von Pastor Richter und seiner Gefolgschaft zu halten haben und werden ihnen die gebührende Behandlung zuteil werden lassen.

Wie Adam Smith über die Arbeit dachte.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten)

Adam Smith nennt man den Vater der Nationalökonomie, und dies mit Recht. Es gab zwar vor ihm schon viele Schriftsteller, die sich mit den wirtschaftlichen Fragen ihres Landes beschäftigten, aber Smith war der erste, der diese Wissenschaft in ein geordnetes System brachte. Seine fünf Bücher über die Natur und die Ursachen des Völkerreichtums (kurz zitiert mit Volkswohlstand) stützen sich natürlich nur auf die Ereignisse, die Smith zu seiner Zeit überschauen konnte. Obwohl seit dem ersten Erscheinen seines Werkes viel Zeit verstrichen ist und sich manches verändert hat, so enthält sein Werk doch viele, auch heute noch geltende Wahrheiten. Einige davon seien herausgehoben.

Es war etwa die Zeit zwischen 1766 und 1786, in der Smith sein Werk abfaßte. Besonders lehrreich ist seine Auffassung über die Arbeit. Gleich der erste Satz führt uns in die Tiefe der wirtschaftlichen Fragen. Er lautet:

„Die jährliche Arbeit eines Volkes ist die Urquelle, die ihm für seinen jährlichen Verbrauch die für das Leben nötigen und angenehmen Dinge liefert, und diese so gearteten Dinge sind immer entweder das unmittelbare Produkt dieser Arbeit, oder sie sind von anderen Nationen mit diesem Produkt gekauft."

Dieser Satz besagt, daß die Arbeit die Quelle des Volkswohlstandes ist. Trotz vieler Anfechtung ist er im wesentlichen auch heute noch gültig. Wie der Volkswohlstand zu steigern ist, das zeigt dann Smith an der Arbeitsteilung aus den Fortschritten der Technik. Von Bedeutung ist dann das Kapitel, das von dem wahren und nominellen Preis der Waren oder von ihrem Preise in Arbeit und ihrem Preise in Geld handelt. Im Verlaufe seiner Erörterungen kommt Smith zu dem Ergebnis, daß der Wert einer Ware gleich der Menge der Arbeit, demnach also der wahre Maßstab des Tauschwertes aller Waren die Arbeit sei. Ebenso sei der wirkliche Preis jeder Ware im Gegensatz zu dem nominellen Preis die Menge Arbeit, die zu ihrer Herstellung nötig sei. Smith verkennt natürlich nicht die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, wenn die Arbeit als Maßstab für den Wert der Waren angewendet würde. Die Geschäfte des gemeinen Lebens würden letzten Endes durch das Feilschen des Marktes ausgeglichen. Es beweise aber nichts gegen die Richtigkeit seiner Theorie, wenn in der Praxis Ware gegen Ware umgetauscht werde. Den abstrakten Begriff „Arbeit" verständen die meisten nicht; der Begriff Ware sei ein handgreiflicher Gegenstand, der eher verstanden würde.

Ursprünglich war nach Smith die Arbeitsmenge, die zur Erlangung der nötigen Gegenstände erforderlich war, der einzige Maßstab für den Austausch der Güter. Wenn die Erlegung eines Bibers zweimal soviel Arbeit kostet wie die eines Rehes, so müßte ein Biber zwei Rehe wert sein. „Es ist begreiflich, daß das, was gewöhnlich das Produkt zweier Tage oder zweier Stunden Arbeit ist, doppelt so viel wert sein muß, als das, was das Produkt von einer eintägigen oder einstündigen Arbeit zu sein pflegt." Die anstrengendere Arbeit soll entsprechend vergütet werden. Das Produkt einer einstündigen schweren Arbeit könne oft dem Produkt einer zweistündigen leichteren im Tausch gleich gelten. Noch anders müssen Geschicklichkeit und Talent entlohnt werden. Der höhere Wert ihres Produktes kann oft nichts weiter sein als ein billiger Ersatz für die Arbeit und Zeit, die ihrer Entwicklung gewidmet wurden. Im Arbeitslohn wird diese höhere Bewertung ausgedrückt.

Im ersten, rohen Gesellschaftszustande gehörte das ganze Arbeits-Produkt dem Arbeiter, und die zur Beschaffung oder Hervorbringung einer Ware gewöhnlich aufgewendete Arbeitsmenge war der einzige Wertmaßstab. Die auszutauschenden Güter wurden nur nach der Arbeitsmenge, die in ihnen verkörpert war, mit einander verglichen und danach bewertet. Auf einer etwas weiter vorgeschrittenen Gesellschaftsstufe, wo schon einige Personen Kapital angesammelt hatten, änderte sich dieser Zustand. Die neue Kategorie der Unternehmer entstand. Sie suchten sich fleißige Leute aus, mit denen sie Rohstoffe und Lebensmittel besorgten. Die in diesem Stadium auszutauschenden Güter mußten außer den Kosten für die Rohstoffe und die Arbeit noch einen Gewinn für den Unternehmer abwerfen. Nun gab es Lohn und Gewinn, und zwar Gewinn aus Kapital. Das Arbeitsprodukt wurde nunmehr zwischen dem Arbeiter und dem Kapitalisten geteilt. Die Arbeitsmenge war jetzt nicht mehr der alleinige Wertmaßstab; die Beteiligung des Kapitals erheischte einen besonderen Gewinn. (Der mit diesen Dingen Vertraute erkennt hier die Wurzeln der Lehre von Wert und Mehrwert.) Man sieht, daß Adam Smith die Bestandteile, die im Werte der Ware mitenthalten sind, verständlich und klar herausgearbeitet hat.

Aehnlich vollzieht sich die Entwicklung auf dem Gebiete des Ackerbaues. Adam Smith scheut sich keineswegs, Werturteile abzugeben, wie es schon der folgende Satz beweist: „Sobald aller Grund und Boden eines Landes Privateigentum geworden ist, möchten auch die Grundbesitzer, gleich allen anderen Menschen, da ernten, wo sie nicht gesät haben, und verlangen sogar für die freiwilligen Erzeugnisse des Bodens eine Rente." Das Holz des Waldes, das Gras der Wiese und alle von selbst wachsenden Früchte der Erde, die, solange der Boden Gemeingut war, den Arbeiter nur die Mühe des Sammelns kosteten, werden nun auch für ihn mit einem Zuschlagspreise belegt. Er muß nun für die Erlaubnis, sie sammeln zu dürfen, bezahlen und an den Grundbesitzer einen Teil dessen abgeben, was seine Arbeit einsammelt oder hervorbringt. (Was beim Kapitalisten Kapitalgewinn ist, das ist hier die Grundrente.) Der Preis dieses Teils bildet die Grundrente, und macht in dem Preise der meisten Waren einen dritten Bestandteil aus.

Nachdem er auseinandergesetzt hatte, welches die Bestandteile des Preises oder Tauschwertes jeder Ware seien (Arbeitslohn, Gewinn, Rente), behandelte er die Lehre vom Arbeitslohn. In diesem Kapital wollte er zeigen, wodurch der Satz des Arbeitslohns bestimmt, und wie die Gesellschaft dadurch beeinflußt würde. „Der gebräuchliche Arbeitslohn hängt überall von dem zwischen jenen beiden Parteien (gemeint ist der Arbeiter und der Kapitalbesitzer), deren Interessen keineswegs die nämlichen sind, gewöhnlichen geschlossenen Verträge ab. Die Arbeiter wollen soviel wie möglich erhalten, die Meister so wenig wie möglich geben. Die ersteren sind zu Koalitionen geneigt, um den Arbeitslohn hinaufzutreiben, die letzteren, um ihn herunterzudrücken".

Daß Smith das Streitlager überschen hatte, beweist, daß er die Ueberlegenheit des Meisters im Vergleiche mit dem Arbeiter klar erkannte. „Die Meister können sich, da ihre Zahl geringer ist, leichter verbinden, und überdies gestattet das Gesetz ihre Koalitionen oder verbietet sie wenigstens nicht, während es die der Arbeiter verbietet (etwa 1775 in England, inzwischen erlaubt worden). In allen Streitigkeiten können es die Herren viel länger aushalten. Ein Gutsbesitzer, ein Pächter, ein Handwerksmeister oder ein Kaufmann könne, wenn er auch keinen einzigen Arbeiter beschäftige, doch im allgemeinen ein oder zwei Jahre von den Kapitalien leben, die er bereits erworben habe. Viele Arbeiter dagegen können nicht eine Woche, nur wenige einen Monat, und kaum einer ein Jahr ohne Beschäftigung leben". Auf die Dauer könne der Arbeiter dem Meister freilich ebenso notwendig werden, wie der Meister ihm, aber die Notwendigkeit sei keine so unmittelbare. Von Koalitionen der Meister höre man zwar selten, häufig aber von solchen der Arbeiter. Wer sich aber darum einbilde, daß sich die Meister selten koalieren, kenne ebensowenig die Welt, wie diesen Gegenstand.

„Die Meister stehen stets und überall in einer Art stillschweigender, aber fortwährender und gleichförmiger Uebereinkunft, den Arbeitslohn nicht über seinen dermaligen Satz steigen zu lassen. Diese Uebereinkunft zu verletzen, ist überall sehr mißliebig, und gilt für

einen Meister unter seinen Nachbarn und Gewerbsgenossen als eine Art Schande. Man hört allerdings selten von dieser Uebereinkunft, weil sie der gewöhnliche und man darf sagen, natürliche Zustand der Dinge ist, von dem niemand etwas hört."

Mitunter würden die Meister auch vereinbaren, den Arbeitslohn zu drücken; in äußerster Stille geschehe dies, und wenn die Arbeiter ohne Widerstand nachgäben, erfahren es die Leute nicht, so schmerzlich es auch jene empfänden. Aber auch die Arbeiter würden sich zusammentun, um Abwehrmaßregeln zu treffen. Sie würden auch über das Ziel hinausschießen, indem sie ihre Zuflucht zu den schlimmsten Gewalttätigkeiten nehmen würden. „Sie sind verzweifelt und handeln mit der Torheit und Maßlosigkeit (Vorurteil auf Vorurteil!) verwegener Menschen, die entweder verhungern, oder ihre Meister durch Schrecken zu sofortiger Einwilligung in ihr Begehren bringen müssen". Die Meister würden unaufhörlich nach dem Beistande der Behörden rufen, und Gesetze verlangen, die von großer Härte gegen die Gesellen, Arbeiter und Dienstboten sind. Neben anderen Gründen müssen sich die Arbeiter auch deshalb unterwerfen, weil sie ihren täglichen Unterhalt beschaffen müssen.

Beim Lesen dieser Zeilen drängt sich entschieden die Ueberzeugung auf, daß das, was Smith vor etwa 135 Jahren geschrieben hat, vielfach auch heute noch gilt.

Smith hat auch Verständnis für soziale Fragen gehabt. Nach ihm ist die Arbeit freier Leute wohlfeiler als die der Sklaven. Ueber die Steigerung der Löhne klagen, hieße über die notwendige Wirkung und Ursache der größten öffentlichen Wohlfahrt jammern. Der Zustand des Fortschrittes sei in der Tat für alle Gesellschaftsklassen ein Zustand des Frohsinns und der Kraft. Der Stillstand aber mache träge und der Verfall traurig. Durch die Aufbesserung des Arbeitslohnes werde der Fleiß angespornt. „Reichliche Nahrung stärkt die Körperkräfte des Arbeiters, und die wohltuende Hoffnung, seine Lage zu verbessern und seine Tage vielleicht in Ruhe und Fülle zu beschließen, feuert ihn an, seine Kräfte aufs äußerste anzustrengen. Wo der Arbeitslohn hoch ist, finden wir demnach stets die Arbeiter tätiger, fleißiger und flinker als da, wo er niedrig ist". Smith verkennt aber nicht, daß auch der Fleiß seine Grenzen habe. „Es ist der Ruf der Natur, die eine gewisse Schonung fordert, zuweilen durch bloße Ruhe, zuweilen aber auch durch Zerstreuung und Vergnügung. Geschehe dies nicht, dann seien die Folgen gefährlich: Tötlich oder es entständen Gewerbekrankheiten. Vernünftige Meister sollten daher den Fleiß ihrer Arbeiter mäßigen als anspornen. Der Mann, der mit Maßen arbeitet, um auf die Dauer zur Arbeit tauglich zu sein, wird seine Gesundheit am längsten erhalten und im Laufe des Jahres die größte Menge Arbeit verrichten.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich klar und deutlich, daß Smith nie und nimmer als Kronzeuge gegen die Sozialpolitik ausgespielt werden kann. Gewiß, er war der staatlichen Reglementierung abhold, aber die Schattenseiten der Wirtschaftsordnung seiner Zeit erkannte er. Er irrte nur darin, daß er annahm, die freie Konkurrenz beseitige die wirtschaftlichen Mißstände. Er setzte wirtschaftende Menschen voraus, die beim Wahrnehmen ihrer Interessen nicht die der Allgemeinheit verletzen; wenn sie aber dennoch gegen das der Allgemeinheit dienende verstoßen, so würde die freie Konkurrenz sie schon zur Vernunft bringen. Das war und ist nicht der Fall. Deshalb ist eine andere Regelung nötig. Die Organisationen der Arbeiter erstreben sie auf dem Wege der Selbsthilfe, ergänzt durch die Statshilfe. —d.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 31. Oktober 1913.

Die Arbeitszeit im Fuhrgewerbe bildete den Gegenstand eines Gutachtens, das auf Veranlassung des Beirats für Arbeiterstatistik vom Kaiserlichen Gesundheitsamt erstattet worden ist. Das Gesundheitsamt hat darin festgestellt, daß eine sehr große Zahl von Lastkutschern nicht über eine angemessene tägliche Ruhezeit verfügt, und daß eine beträchtliche Anzahl in einer übermäßigen, die Gesundheit gefährdenden Arbeitszeit beschäftigt ist. Das Gesundheitsamt hielt es daher für geboten, die Arbeitszeit der im Lastfuhrwerksgewerbe beschäftigten Personen in der Weise zu regeln, daß für sie eine regelmäßige zweistündige Mittagspause, eine tägliche ununterbrochene Mindestruhezeit von zehn Stunden und eine Beschränkung der Sonntagsarbeit auf zwei bis drei Stunden zur Einführung gelangt. Da nun auf Grund dieses Gutachtens eine Regelung der Arbeitszeit im Fuhrwerksgewerbe von Reichs wegen nicht stattgefunden hat, hat man der Reichsregierung den Vorwurf der Untätigkeit in dieser Frage gemacht. Ein solcher Vorwurf ist, so heißt es in einer offiziösen Mitteilung, jedoch keineswegs gerechtfertigt. Auf Grund des § 120 f der Gewerbeordnung wäre der Bundesrat befugt gewesen, eine Regelung vorzunehmen. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Verhältnisse im Fuhrwerksgewerbe in den einzelnen Bundesstaaten und in Stadt und Land so außerordentlich verschieden sind, daß eine einheitliche Regelung für das Reich nicht durchführbar war. Der Bundesrat hat deshalb von der ihm durch die Gewerbeordnung erteilten Befugnis Gebrauch gemacht und die Bundesregierungen ermächtigt, selbst oder durch die unteren Verwaltungsbehörden eine Regelung der Arbeitszeit im Fuhrwerksgewerbe vorzunehmen, wo die Verhältnisse eine Regelung erforderlich machen. Alle Bundesregierungen haben infolgedessen die nachgeordneten Behörden angewiesen, in diesem Sinne zu verfahren, und daraufhin sind bereits in einer großen Zahl von Städten Vorschriften für eine Regelung der Arbeitszeit im Fuhrwerksgewerbe erlassen.

* * *

Zwischen Aerzten und Krankenkassen ist es in Berlin zu einer Einigung gekommen. Schon in unserm Bericht über den außerordentlichen Aerztetag war kurz erwähnt worden, daß Berlin, Hamburg und Dresden eine von der übrigen Aerzteschaft abweichende Stellung einnehmen. In Berlin haben zwischen dem Zentralverband der Kassenärzte und den Kassen Einigungsverhandlungen stattgefunden, die schließlich von Erfolg gekrönt worden sind. Wie in der Aerzteversammlung mitgeteilt wurde, haben die Kassen den Aerzten in bezug auf das Honorar Zugeständnisse gemacht und 5 M. pro Kopf und Jahr bewilligt. Die bisherigen Mißstände im Anstellungswesen der Kassenärzte sollen aufhören. Auf Grund dieser Zugeständnisse empfahl der Vorsitzende des Zentralverbandes der Aerzte Berlins die Annahme der getroffenen Vereinbarungen.

Aus der Versammlung machte sich zunächst von verschiedenen Seiten ein lebhafter Widerstand geltend. Namentlich wurde bedauert, daß die Stellung des Zentralverbandes im Widerspruch stehe mit den Beschlüssen des außerordentlichen Aerztetages. Zum Schluß aber wurde der Vertragsentwurf mit allen Stimmen gegen eine angenommen. Ausgenommen von dem Frieden ist die Betriebskrankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn, die sich nur zur Gewährung eines Honorarsatzes von 3,50 M. pro Kopf und Jahr verstehen will. Gegen dieses Angebot machte sich eine ungemein starke Empörung Ausdruck.

Jedenfalls zeigen die Vorgänge in Berlin, daß bei einigermaßen gutem Willen auf beiden Seiten der offene Krieg hätte vermieden werden können, und daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, auch anderswo eine beide Seiten befriedigende Lösung zu finden.

* * *

Arbeiterbewegung. In der Maschinenbau-Aktiengesellschaft zu Aschersleben dauert der Streik der Former und Gießereiarbeiter noch immer fort. Die Firma hat aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands Streikbrecher herangezogen, die aber nicht in der Lage sind, die Arbeit der Ausständigen ordnungsgemäß auszuführen. Von den Streikenden selbst ist nur ein ganz kleiner Teil arbeitswillig geworden. — Differenzen sind im Fleischergewerbe zu Stettin ausgebrochen. In der Hauptsache wünschen die Gesellen eine Verkürzung der überaus langen Arbeitszeit auf 13 Stunden. Die Innungsmeister aber wollen sich auf nichts einlassen, und alle ihre Maßnahmen deuten darauf hin, daß es ihnen nur darauf ankommt, die Organisation der Gesellen zu vernichten. — Der Streik der Hafenarbeiter in Stettin nimmt unverändert seinen Fortgang. — Die Bewegung auf der Tecklenborgwerft in Bremerhaven, die zunächst noch eine weitere Ausdehnung erfahren hatte, ist beendigt. Die Nieter haben den Streik abgebrochen und wollen ihre Ansprüche an die Firma, die die Zahlung der Ueberschüsse für durch den Werftarbeiterstreik unterbrochene Akkordarbeiten verweigert, auf dem Rechtswege geltend machen. Die entlassenen Arbeiter treten wieder in das alte Arbeitsverhältnis ein. — Wegen einer anderweitigen Regelung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter sind in Wiesau, Kreis Sagan, in zwei Glasfabriken die Arbeiter in den Streik getreten. Darauf haben die Industriellen sämtliche Glasarbeiter, etwa 400, ausgesperrt.

Bei der Baufirma Martens & Daab in Warschau sind 200 Holzarbeiter in den Ausstand getreten.

* * *

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat September wies nach dem „Reichsarbeitsblatt" einen überwiegend befriedigenden, aber minder günstigen Beschäftigungsgrad als im Vorjahre auf. Es zeigt sich gegenüber dem Vormonat in einer Reihe von Gewerben eine leichte Verbesserung, die allerdings der gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs eingetretenen Verschlechterung nicht die Wage hält.

Nach den Berichten von industriellen Firmen und Verbänden hat die allgemeine Lage des Ruhrkohlenmarktes eine weitere langsame Abschwächung erfahren. In Ober- und Niederschlesien und auf dem Braunkohlenmarkte gestaltete sich der Geschäftsgang zufriedenstellend. Das gleiche gilt vom Eisenerzbergbau, von der Roheisenerzeugung und Kaliindustrie. Die Stahlwerke und die Maschinenindustrie waren im allgemeinen ausreichend beschäftigt. In der elektrischen und chemischen Industrie konnte der im allgemeinen gute Geschäftsgang aufrecht erhalten werden, auch die Baumwollspinnereien und -webereien wie Leinen- und Seidenindustrie hatten im allgemeinen befriedigende, zum Teil gute Beschäftigung. Die Holzindustrie und das Baugewerbe lagen noch sehr darnieder.

Nach den Ausweisen der an das „Reichs-Arbeitsblatt" berichtenden Krankenkassen erfuhr der gewerbliche Arbeitsmarkt im letzten Monat eine leichte Belebung, die sich in der Steigerung der Beschäftigtenziffer bei den männlichen Personen um 0,48 v. H. und bei den weiblichen Personen um 1,38 v. H. äußert. Die Zuwachsbewegung, die gewöhnlich im Laufe des September einzutreten pflegt, blieb jedoch in diesem Jahre hinter der des Vorjahres etwas zurück (0,51 und 2,06 v. H.) Sieht man von der Steigerung infolge des natürlichen Bevölkerungswachstums ab, so ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen gegen den Stand vom 1. Januar 1905 von 100 auf 126 gewachsen, während er am 1. Oktober 1912 bereits 128 betragen hatte. Er ist also gegen das Vorjahr zurückgegangen, während er beim weiblichen Geschlechte von 142 auf 144 gestiegen ist.

Daß die im Herbste gewöhnlich einsetzende Belebung des Arbeitsmarkts auch in diesem Jahre nicht ganz ausblieb, gibt sich auch in den Arbeitslosenziffern kund, die 50 Fachverbände mit 1 994 261 Mitgliedern für den Monat September verzeichneten. Von diesen Mitgliedern waren am Ende des Monats 2,7 v. H. gegen 2,8 v. H. im Vormonat und 2,9 v. H. im Juli d. J. arbeitslos. Gegenüber den Arbeitslosenziffern des September (1,5 v. H.) und August (1,7 v. H.) 1912 zeigen die Arbeitslosenziffern der beiden letzten Monate immerhin eine beträchtliche Erhöhung.

Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise kamen im Berichtsmonat auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 160 Arbeitsgesuche gegen 178 im Vormonate, während im Vorjahr ein Sinken der Verhältnisziffer von 146 im August auf 141 im September eintrat. Bei den weiblichen Personen sank die Zahl der Arbeitsuchenden von 101 im Vormonat auf 99 im Berichtsmonat, erreichte damit aber noch nicht die entsprechenden Ziffern des August und September 1912 (92 v. H.). Wenn auch im Laufe des September das Nachlassen des Andrangs auf dem Arbeitsmarkt erheblicher war als gewöhnlich, so konnte trotz dieses Rückganges namentlich bei den männlichen Arbeitsuchenden doch noch nicht der Stand des Vorjahrs erreicht werden.

Der Arbeitsmarkt in Groß-Berlin und in der Provinz Brandenburg hat gegenüber dem Vormonat keine Verbesserung, aber auch keine Verschlechterung erfahren. Auch in Schleswig-Holstein und Hamburg war die Gesamtlage des Arbeitsmarktes nicht ungünstig. Diese hat sich in Westfalen, Lippe-Detmold und im Rheinland erheblich gebessert und bietet dort im allgemeinen ein günstiges Bild. In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck wie in Bayern war der Beschäftigungsgrad im allgemeinen ausreichend. In Baden trat ein gewisser Stillstand ein, während in Württemberg sich eine Verschlechterung des Geschäftsganges zeigte.

Die Vermittlung landwirtschaftlicher und industrieller Wanderarbeiter hat gegenüber dem Vormonate zugenommen, hat aber die Zahlen des Vergleichsmonats 19912 nicht erreicht.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen ausschließlich Bayern betrugen im September 1913: 180 494 240 M., das sind 4 793 728 M. mehr als im Vormonat und 5 756 905 M. mehr als im Vergleichsmonate des

Vorjahrs. Die Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahr beziffert sich auf 77 M. oder 2,35 v. H. auf 1 km.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr sowie zur und nach der Veredlung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im September 1913 die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 830,18 Mill. M. gegen 816,47 Mill. M. im September 1912, die Ausfuhr einen Wert von 869,90 Mill. M. gegen 767,25 Mill. M. im September 1912.

* * *

Der Konflikt zwischen Buchdruckerverband und Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine ist vorläufig beigelegt worden. Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß unter Leitung des Herrn v. Elm eine Aussprache zwischen Vertretern der beiden Parteien stattgefunden hat, die schließlich zu einer Einigung geführt hat. Wie es in der Erklärung heißt, haben die Beteiligten sich über alle schwebenden Differenzen eingehend ausgesprochen und festgestellt, daß „manche Mißverständnisse dazu beigetragen haben, die Situation gegen den Willen der Beteiligten zu verschärfen. Alle Mißverständnisse sind zu beiderseitiger Zufriedenheit durch die gegebene Aufklärung beseitigt. Die Auseinandersetzungen über die Differenzen in der Presse und in den Versammlungen sollen in allseitigem Interesse eingestellt werden." Falls in Zukunft größere Differenzen wieder vorkommen sollten, wollen die Zentralleitungen beider Organisationen versuchen, sie in freundschaftlicher Weise zu erledigen.

Die schwebenden Differenzen sind damit beigelegt. Nicht aus der Welt geschafft aber ist damit die Tatsache, daß in einem von Sozialdemokraten geleiteten Betriebe Dinge vorgekommen sind, wie sie auch von den schlimmsten Scharfmachern nicht übertroffen werden können.

Gewerkvereins-Teil.

§ **Berlin.** Das Institut für Meereskunde an der Universität Berlin veranstaltet auch in diesem Winter im großen Hörsaale des Museums für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, öffentliche Vorträge. Die Vorträge beginnen am 7. November und erstrecken sich bis in den März. Der Anfang ist auf pünktlich 8 Uhr abends festgesetzt. Zweck der Veranstaltungen ist, Sinn und Verständnis für das Meer und seine Erscheinungen, den Reichtum seines Lebens und dessen wirtschaftlichen Wert, sowie für die Volkswirtschaft und staatliche Bedeutung von Schiffahrt, Seeverkehr und Seemacht in weiteren Kreisen anzuregen und zu verbreiten. Für die Einzelvorträge sind 25 Pf. zu entrichten. Die Vortragsreihen: „Geschichte des Welthandels vom Altertum bis in die Neuzeit" (6 Vorträge von Dr. Michaelsen) und „Die Welthäfen und ihre wirtschaftliche Bestellung" (6 Vorträge von Dr. Alfred Rühl) kosten für unsere Mitglieder je 60 Pf. Das Programm ist ein überaus reichhaltiges und interessantes und wird auf Wunsch gern vom Verbandsbureau unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

§ **Düsseldorf.** Bei der Wahl zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse von Düsseldorf am 26. und 27. Oktober gelang es uns, von der Liste unseres Ortsverbandes 2 Vertreter und 4 Ersatzmänner durchzubringen. Wenn man bedenkt, daß sich die Gewerkvereinskollegen zum erstenmal an der Wahl beteiligt haben und unsere Mitgliederzahl in den in Betracht kommenden Betrieben eine sehr geringe ist, so dürfen wir mit diesem Anfangserfolge wohl zufrieden sein.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine, Greifswalderstr. 221—23. Mittwoch, 5 Nov., abds. 8½ Uhr Vortrag des Kollegen Ehlert über: „Die neuesten Meßfnst me". Gäste sind herzl. willkommen. — **Gewerkvereins-Liedertafel (H.-D.)** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Uebungsstunde i. Verbandshause d. Deutschen Gewerkvereine (Grüner Saal) Gäste willk. —

Orts- und Medizinalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung im Barhoft Seefahrtshaus, Bremen, Nelkenstraße. — **Cottbus** (Diskutierklub). Sitzung jeden 2 u. 4. Donnerstag im Monat bei Henstein, Sandowerstr. 42. — **Dessau.** Gewerkvereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abds 8½-11 Uhr Uebungsst. i. Vereinsl. „Zu an", Marktstr. — **Elberfeld-Barmen** (Ortsverband.) Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertretersitzung bei Roggenkämper, Elberfeld, Luisenstr.- und Erholungsstr.-Ecke. — **Frankfurt a. O.** (Gewerkvereinssängerchor). Jeden Freitag von 8—10 Uhr Uebungsstunde im Vereinslokal Richtstr. 16. Verbandskollegen herzl. willkommen! — **Gelsenkirchen** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretersitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6—8 Uhr, Diskutierstunde im Verkehrslokal von C. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Aachen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr Diskutierabend bei Ludewigs. — **Hamburg** (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8½ Uhr Ortsverbandsvertretersitzung bei Rose, Heinestr. — **Hamburg** (Rednerschule). Jeden Montag von ½9 bis ½11 Uhr bei Grell, Lagerstraße 2. — **Hamburg** (Gewerkvereinsliedertafel). Jeden Donnerstag Uebungsstunde bei Thönert in Altona, Eimsbüttlerstraße 48—50. — **Herne** (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Wilh. Ruhe, Bahnhofst. gegenüb. der evang. Kirche. — **Iserlohn.** Diskutierabend jeden 2. Mittwoch bei Hilpke. — **Köln** (Ortsverb.). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds 8½ Uhr Vertretersitzung in der Lenz-Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig** (Gewerkvereins-Liedertafel). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover", Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mülheim-Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Möller, Sandstraße 38. — **Quedlinburg u. Umg.** (Ortsverb.). Sonntag, 9. Nov., nachm. 3½ Uhr in Warnstedt, Gasth. z. gold. Krone. T.-O. u. a. Vortrag des Kollegen Möhring: „Was interessiert uns an der Baufachausstellung in Leipzig". — **Stettin** (Sängerchor d. Gewerkvereine). Die Uebungsstunde finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Nebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. — **Stettin** (Ortsverb.). Diskutierklub. Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr b. Nebel u. Donnerstag b. Winter i. Brezow. — **Tegel** (Diskutierklub für Tegel, Borsigwalde u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Römer, Schleiperstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — **Thorn** (Bäcker). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolei, Mauerstr. 62. — **Weißenfels a. S.** (Gesangverein „Harmonie" der Deutschen Gewerkvereine.). Uebungsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten". Gesangliebende Gewerkvereinskollegen stets willkommen. — **Weißenfels** (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskutierklub in Hermanns Garten. — **Worms** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9½ Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Rheinal"

Aenderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Aachen (Ortsverband) Max Junker, Kassierer, Elsaßstr. 88.

Literatur.

Neue Heimatbilder deutscher Kunst zu 1.80 Mk. Kürzlich machten wir unsere Leser auf die ersten vier Wandbilder (Meeresbrandung an der Nordsee, Winterstille im Schwarzwald, Sommersonnenschein in der Mark und Winteridyll in einem pommerschen Städtchen) des Franz Schneider Verlages, Berlin-Schöneberg aufmerksam und gaben unserer aufrichtigen Freude über diese wirklich künstlerisch wertvollen, sieben- bis neunfarbigen Steinzeichnungen und über den geradezu erstaunlich billigen Preis unverhohlen Ausdruck. Jetzt beschert uns der Verlag vier neue große Kunstblätter, wieder im Format von 62×80 cm, nämlich den Wartburghof, ein Eifel-Maar, eine alte Klostermühle in Schlesien und Götz von Berlichingens Burg Hornberg am Neckar. Diese Galerie stimmungsvoller und für die unterschiedlichen Landschaften und Künstler gleich charakteristischer Bilder bekommt einen mit jedem Blatt steigenden Reiz.

Die Heimatbilder deutscher Kunst sind von allen Seiten ohne Wenn und Aber mit Recht empfohlen worden; sie sind berufen, den mannigfachen Schund kitschiger Oeldrucke und sonst sentimentaler Reproduktionen in vielen Wohnungen zu verdrängen. Jetzt gibt es keine Ausrede mehr. Der Preis von 1.80 ist für jeden erschwinglich und die Kosten für einen billigen und doch materialechten Rahmen zu 2.50 Mk., der nach und nach mehrere Bilder hinter sich aufnehmen kann, machen im ganzen auch nicht mehr viel aus. Die Bilder eignen sich als Geburtstags- und Weihnachtsgeschenke vorzüglich und sollten von unseren Lesern dazu vor anderen bevorzugt werden. Jede Buchhandlung nimmt Bestellungen gern entgegen.

Briefkasten.

E. A. in Aachen. Räudige Schafe gibt es in jeder Herde. Deshalb haben wir stets abgelehnt, wegen Verfehlungen Einzelner andere Organisationsrichtungen zu bekämpfen. Stellt sich in dem mitgeteilten Falle die Anklage als begründet heraus und handelt es sich um gewerkschaftliche Dinge, dann werden wir mit unserer Meinung nicht zurückhalten. Besten Gruß!

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Agitationsbeamter gesucht!

Durch andere geschäftliche Tätigkeit des Kol. Joh. Stephan ist der Posten als **Agitationsleiter** in unserem Gewerkverein der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter sofort neu zu besetzen.

Der Agitationsbeamte muß rednerisch begabt und in der Lage sein, die Grundideen der deutschen Gewerkvereine öffentlich zu vertreten. Er muß einem dem Verbande H.-D. angeschlossenen Gewerkverein angehören und möglichst mit den in Betracht kommenden beruflichen Fragen unserer Mitglieder betraut sein. Die Anstellung wie Gehaltszahlung geschieht nach dem Beschluß der Generalversammlung.

Bewerber, welche sich befähigt fühlen, das Amt eines Agitationsleiters auszufüllen, wollen ihre selbstgeschriebenen Bewerbungsgesuche unter gleichzeitiger Einsendung eines kurzen Lebenslaufes und eines zur Veröffentlichung in unserem Organ „Deutscher Tabakarbeiter" geeigneten, agitatorisch wirkenden Aufsatzes an unser Hauptbureau des Gewerkvereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter Heidelberg (Baden), Anlage 21, möglichst bald einsenden.

Der Hauptvorstand.

Obererzgebirgischer Ortsverband, Sitz Schlettau. Unterstützung von 75 Pfg. an wandernde Kollegen bei Ernst Löser jun. in Scheibenberg, Malzhausstr. 62, mittags von 12—1 und abds. von 6—8 Uhr.

Forst i. L. Für Durchreisende Unterstützung und Herberge bei August Müller, Fruchtstraße 6.

Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Verpflegungs-Karten hierzu bei Carl Hebel, Heisenstr. 32 a II.

Essen (Ruhr). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Essen Abendbrot, Nachtlogis und Morgenkaffee. Die Verpflegungskarten werden nicht mehr auf dem Gewerkvereinsbureau, sondern bei den einzelnen Kassierern ausgestellt.

Potsdam (Ortsverb.) Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk bei den Ortsvereinskassierern bezw. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Heindke, Heinestr. 10.

Nowawes. Ortsverbandsgeschenk für durchreisende Kollegen bei G. Peater, Friedr. Kirchplatz 18.

Ratibor, O.-Schl. (Ortsvb.). durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer Franz Preiß, Salzstr. 17.

Gera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkvereinskollegen wird ausgezahlt bei H. Schneider, Zschochernstr. 62.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer M. Heinrichs, Breite Str. 18.

Haynau i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer H. Walter, Liegnitzerstraße 48. Anweisungen sind bei den Vereinskassierern zu haben.

Ellrich (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten Abendbrot, Nachtlogis, Kaffee und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer G. Claußen, Koloniestr. 32.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Bismarckstraße 67.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Reichsanstalt, Charlottenburg, Frauenhoferstraße 11—12.

Unfallverhütung, Gewerbehygiene, Soziale Hygiene.

Betriebsmäßige Vorführung der gebräuchlichsten Schutzmaßnahmen aus allen Industriegebieten. Modelle, Zeichnungen, Photographien. Besichtigung (werktägl. außer Montags 10—1, Dienstags und Donnerstags auch 6—9, Sonntags 1—5 Uhr), Auskunftserteilung, Benutzung der Bibliothek, Vorträge, kinematographische Vorführungen sind unentgeltlich.

Seit 1. April 1913

Sonderausstellung über Beseitigung giftiger Gase in Metallbrennereien und Metallbeizereien.

Betriebsmäßige Vorführung 8 verschiedener Absaugungsanlagen, Modelle, Zeichnungen, Photographien usw.

Durch unser Verbandsbureau, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23, zu dem Vorzugspreise von 20 Pfg. zu beziehen ist die Schrift:

Die Schwindsucht der Arbeiter

ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung

von

Prof. Dr. Th. Sommerfeld.

64 Seiten 8°.

Der Zentral-Arbeitsnachweis

der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Duncker)

NO. 55, Greifswalderstraße 221—23

wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.

Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Verantwortlicher Redakteur Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Goedecke u. Gallinek, Berlin W., Potsdamerstr. 110.